

Kirchenrat Gerhard Duncker im Gespräch mit Ministerpräsident Erdoğan

Berlin/Bielefeld. Fragen der Religionsfreiheit in der Türkei wurden von Kirchenrat Gerhard Duncker (Bielefeld) bei einem Gespräch thematisiert, zu dem der türkische Ministerpräsident Tayyip Erdoğan zum Schluss seines Deutschlandbesuches Vertreter verschiedener Menschenrechtsgruppen und der Kirche eingeladen hatte. Duncker, im westfälischen Landeskirchenamt u. a. zuständig für das christlich-islamische Verhältnis, war bis Mitte 2002 neun Jahre Pfarrer der „Evangelischen Gemeinde deutscher Sprache in der Türkei“ mit Sitz in Istanbul.



Pfarrer Duncker beim ökumenischen Gottesdienst in Burgaz - September 1993

Ein Hintergrund der kritischen Anfragen ist die Tatsache, dass in der Türkei zwar die individuelle

Religions- und Glaubensfreiheit garantiert ist, die Rechte nicht-islamischer Glaubensgemeinschaften demgegenüber stark eingeschränkt sind. Es gebe keinerlei Körperschaftsrechte für christliche Gemeinden, erklärte Duncker. Während seiner Zeit als Pfarrer in Istanbul habe es in der Gemeinde eine hohe Spendenbereitschaft für die Opfer mehrerer verheerender Erdbeben gegeben, berichtete Duncker dem türkischen Ministerpräsidenten, es sei aber der Gemeinde unmöglich gewesen, für die Spendengelder ein Konto in der Türkei einzurichten.

Ministerpräsident Erdoğan, der selbst Oberbürgermeister in Istanbul war, bat Kirchenrat Duncker, ihm konkrete Beispiele fehlender Rechtssicherheit für Christen in der Türkei in einem Brief ausführlicher darzulegen.

In einer ersten Stellungnahme nach dem Gespräch in Berlin, das mit eineinhalb Stunden länger als geplant dauerte, zeigte Duncker sich beeindruckt: „Das Ergebnis ist bemerkenswert. Schließlich ist es alles andere als selbstverständlich, dass ein Ministerpräsident sich im Ausland ganz bewusst kritischen Anfragen zu innenpolitischen Themen stellt, die immer gern als innere Angelegenheiten betrachtet werden.“

Nach: Pressemeldung der Ev.Kirche Westfalen (4.9.2003)